

## **Die Linke - eine ganz normale Partei?**

von Rolf Schwanitz

„Die Linke als normalen Konkurrenten in Parlamenten zu akzeptieren. Nur darum geht es.“ Mit diesen Worten versucht es Kurt Beck in der neuesten Ausgabe des Mitglieder-Magazins „Vorwärts“ auf den Punkt zu bringen. Gemeint ist jene öffentliche Diskussion, die er vor der Hamburg-Wahl in einem vertraulichen Hintergrundgespräch angestoßen, dann bewusst forciert hat und offensichtlich noch bis Ende Mai fortsetzen will. Flankiert wird das Vorsitzenden-Interview glücklicherweise von einem klaren Hans-Jochen Vogel („Die Gründe gegen eine Kooperation mit der Linken haben Gewicht.“) sowie einem offensiv werbenden Johano Strasser, für den Argumente gegen eine Koalition mit der umbenannten PDS selbst auf der Bundesebene scheinbar nachrangig und von vorgestern sind („Kontaktsperre? Bei den Grünen ließ sie sich nicht durchhalten.“). Wie es der Zufall will, findet sich noch über dem Beck-Interview eine Bannerwerbung zu einer Biografie über unseren früheren sozialdemokratischen Bundespräsidenten unter der Überschrift „Versöhnen statt spalten: Johannes Rau“. Ein Schelm, der Böses dabei denkt!

Und tatsächlich: Es ist kaum zu übersehen, dass die innerparteilichen Kritiker des Beck'schen Kurswechsels von einigen Diskutanten bereits gezielt diskreditiert werden. So würde man die Linke angeblich dämonisieren, verteufeln und ausgrenzen. Von pauschaler Abschottungspolitik und einem künstlichen Antikommunismus im Umgang mit einer demokratischen Partei ist da die Rede. Solche Reflexe sind bekannt. Der Hieb gegen den Mann (oder die Frau) erspart die Mühe des Arguments. Unfair, aber zweckmäßig. Akzeptabel im demokratischen Diskurs ist dies jedoch nicht. Und schon gar nicht „in Sachen Grundwerte“, wenn es darum geht, welchen Stellenwert unsere Vorstellung von Freiheit und Demokratie für unser politisches Tagesgeschäft hat. Denn genau darum geht es in der aktuellen Diskussion.

Was ist neu an diesem Kurs?

Die Gefühle vieler SPD-Mitglieder pendeln in diesen Tagen zwischen verständnislosem Kopfschütteln und blankem Entsetzen. Nicht wenige reiben sich verwundert die Augen und fragen, worum und wohin geht es in dieser Diskussion eigentlich? Bezeichnend war auch ein kurzer Satz im Aufzug auf dem Weg zur SPD-Fraktion nach dem Motto: „Ich wünschte, wir kämen aus den Osterfeiertagen und der ganze Spuk wäre vorbei!“. Das scheint (leider) nicht zu gelingen. Deshalb ist es sinnvoll, zunächst ganz nüchtern zu fragen: Was ist eigentlich das Neue am Beck'schen Kurs gegenüber jener Partei, die sich nach diversen Umbenennungen nun anmaßend die Linke nennt?

Nun, scheinbar nicht viel – allerdings nur scheinbar: Verschiedene Formen der Zusammenarbeit zwischen der SPD und der PDS sind auf Landesebene kein Novum. Sie reichen von mehrfacher Duldung einer SPD-Minderheitsregierung in Sachsen-Anhalt bis hin zu handfesten Koalitionen in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin. Die Bundespartei hat dies seit dem Mannheimer Putsch gegen den Vorsitzenden Scharping stillschweigend akzeptiert. Sie beförderte derartige Kooperationen zwar nicht, betrachtete die Frage von Koalitionsentscheidungen im Land jedoch klar als Sache des jeweiligen SPD-Landesverbandes. Und selbst innerparteiliche Kritiker hatten sich abgewöhnt, dies über Verbandsgrenzen hinweg negativ zu kommentieren. So verursachte auch der jüngste Mitgliederentscheid in Thüringen außerhalb der Grenzen des Landesverbandes nur müde Teilnahmslosigkeit. Und dies, obwohl es dort neben der personellen Auseinandersetzung (die den eigentlichen Kern ausmachte) eindeutig um die Koalitionsaussage gegenüber der umbenannten PDS zur nächsten Landtagswahl ging. Allerdings nicht um die grundsätzliche

Entscheidung zwischen Ja und Nein zu einer solchen Koalition, sondern darum, ob die SPD dies nur als Senior- oder auch als *Juniorpartner* anstreben will! Kein SPD-Mitglied außerhalb von Thüringen glaubte sich hierzu äußern zu müssen, auch niemand aus der Bundesebene, weder ein Mitglied des Vorstandes noch der Vorsitzende selbst. Weshalb also nun in Sachen Hessen dieser Wechsel in der Kommunikation und innerparteilichen Debatte?

Völlig beiseite schieben sollte man zwei zwischenzeitlich auch hörbare Erklärungsmuster zu diesem Diskurs. Zum einen jenes, wonach es ja bei den Koalitionen mit der PDS bisher lediglich um „den Osten“ gegangen sei und dort eben besondere Bedingungen bestünden. Und zum anderen das, wonach die nun vom Vorsitzenden „verordnete“ Debatte nur der nachträgliche, aktive Legitimationsversuch der verunglückten Ansage von Hamburg sei. Beide Erklärungsmuster sind abwegig. Das letztere wegen des absehbaren kommunikativen Desasters für die Gesamtpartei (niemand versucht, einen Brand mit Benzin zu löschen). Das erste wegen der einseitigen, geteilten Sicht, die noch nicht einmal für die westdeutschen Stammtische reicht. Denn schließlich sind Grundwerte, das Bekenntnis zu Freiheit und Demokratie, in einer Partei nicht teilbar je nach Himmelsrichtung.

Weshalb also die Frage einer Koalition mit der PDS im Osten seit vielen Jahren klare Landessache ist, im Westen allerdings durch die höchsten Parteigremien per Beschluss „freigegeben“ und anschließend in einem monatelangen Prozess bis in die Tiefe der Gesamtpartei hinein debattiert werden muss, bleibt zunächst unverständlich. Denn auch das Argument eines mit Hessen nun erstmals auftretenden westdeutschen Novums taugt zur Erklärung nicht. Natürlich hätte das klare Nein des Vorsitzenden zu einer Koalition mit der Linkspartei vor der Wahl im Falle eines gegenteiligen Handelns in Hessen danach auch auf der Bundesebene aktiv korrigiert werden müssen. Vielleicht auch mit einem Beschluss der Gremien, wenn eine persönliche Korrektur des Vorsitzenden allein als nicht ausreichend empfunden worden wäre. Spätestens dann aber hätte die Frage (wie seit über zehn Jahren im Osten auch) ausschließliche Angelegenheit des hessischen Landesverbandes sein müssen und wäre von diesem auch in seiner eigenen politischen Verantwortung zu entscheiden. Dies jedoch erfolgt gerade nicht! Die Frage möglicher Koalitionen wird stattdessen der Gesamtpartei zur Diskussion und Akzeptanz vorgelegt und das hat politische Folgen.

Genau in dieser politischen Konsequenz besteht das eigentlich Neue des jetzigen Kurses. Ob man es will oder nicht: Diese Debatte wird sich in ihrer Wirkung allein schon wegen des gewählten Verfahrens nicht nur auf Koalitionen in den (westdeutschen) Ländern begrenzen lassen. Die bundespolitische Dimension des Diskurses ist unvermeidbar. Und dies unabhängig davon, ob man es nun bewusst erstrebt hat oder nicht.

Eine ganz normale Partei?

Die Defizite der Linkspartei sind nicht neu und sie resultieren zum kleineren Teil (!) aus dem (vor allem im Westen) hinzu gewachsenen Teil der WASG. Nach der jüngsten Debatte erscheint es notwendig, zunächst einige Gedanken auf die Frage zu richten, ob und wenn ja wo eine Diskussion dieser Defizite heute überhaupt noch von Bedeutung ist. Einige Wortmeldungen legen nahe, dass die Linkspartei aktuell nur noch nach ihrem machtpolitischen Potenzial, also nach ihren Wahlergebnissen, betrachtet werden muss. Kritische Fragen danach, wie die Linkspartei aus der Sicht des demokratischen Grundkonsenses zu beurteilen ist, werden für die Landespolitik (wie seit vielen Jahren im Osten auch) als irrelevant betrachtet. Dass eine solche Haltung allein schon verfassungsrechtlich auf dünnem Eis steht, liegt auf der Hand. Natürlich entscheidet keine Landeskoalition über die deutsche Außen- oder Sicherheitspolitik. Allerdings sind die Landesregierungen allein schon durch ihre Vertretung im

Bundesrat direkt an der Gesetzgebung des Bundes beteiligt. Sie nehmen in soweit (und nicht nur dort) keine Regional- sondern gesamtstaatliche Interessen wahr. Eine Vogelstraußpolitik nach dem Motto, was juckt uns im Bund die Koalitionsentscheidung in einem Land, kann man rein pragmatisch zwar vertreten (wie wir es seit Jahren bezüglich der Koalitionen im Osten ja bereits tun). Ob dies politisch korrekt und gemessen an unseren Grundwerten völlig unbedenklich ist, darf hingegen bezweifelt werden. Das dies nicht nur einseitig für die linke Seite des politischen Spektrums gilt, liegt auf der Hand. Für die CDU stellte sich durch ihre Koalition im Hamburger Landesverband mit der Schill-Partei folglich mindestens die gleiche Frage. Es ist bezeichnend, dass dies weder in der CDU kritisch reflektiert noch von den Medien hinreichend aufgegriffen wurde.

Wer nach dem demokratischen und politischen Reifegrad der Linkspartei fragt, muss sich zwangsläufig mit ihrer Vorgeschichte und damit automatisch mit der ehemaligen Staatspartei SED befassen. Dies hat nichts mit Antikommunismus oder dem Verbleib in alten Feindbildern zu tun. Die Frage danach, wie die ehemalige Staatspartei mit ihrer eigenen Geschichte und Verantwortung umgeht, ist konstitutiv dafür, ob sie in unserem demokratischen Gemeinwesen tatsächlich angekommen ist. Das mag für Manchen (vielleicht auch für „Spätgeborene“) ätzend und altmodisch sein. Wer den Grundwert Freiheit jedoch ernst nimmt, kommt um diese Fragen nicht herum.

Die Linkspartei ist politisch wie moralisch Rechtsnachfolger der SED. Allein schon deshalb kann sie nie ein „ganz normaler“ Teil des parteipolitischen Spektrums der Bundesrepublik sein. Zu dieser Verantwortlichkeit gehören alle negativen Auswüchse und Ereignisse, die auf Befehl oder in Verantwortung der SED bis 1990 vorgefallen sind. Seitenlange Aufzählungen sollen hier unterbleiben. Diese Verantwortlichkeit reicht von der Errichtung einer jahrzehntelangen Diktatur über Repressionen gegen Andersdenkende, den Bau von Mauer und Stacheldraht, den Zwang zu planwirtschaftlichen, nicht wettbewerbsfähigen ökonomischen Strukturen (mit milliardenschweren Folgen über Generationen hinweg) bis hin zur massiven Verseuchung von Natur und Umwelt. Auch die Beteiligung der Nationalen Volksarmee der DDR an der Niederschlagung des Prager Frühlings soll wegen des aktuellen Erinnerens an 1968 nicht unerwähnt bleiben. Auf diese Verantwortlichkeit reduzieren, darf man die Linkspartei nicht. Diese Verantwortlichkeit wegen ihrer parteitaktischen Unzweckmäßigkeit ausblenden, ist jedoch ebenso unakzeptabel.

Gerade vor diesem Hintergrund ist nicht entscheidend, wie stark sich Kommunal- und Landespolitiker der PDS in den vergangenen Jahren um die vielen tausend Fragen des täglichen politischen Lebens vor Ort gekümmert haben. Hier hat die PDS kaum Defizite, ganz im Gegenteil. Von höchstem Interesse ist stattdessen etwas anderes. Der demokratische Lackmestest ist, ob die PDS in den vergangenen 18 Jahren diese besondere Verantwortlichkeit auch tatsächlich angenommen und mit den alten ideologischen Prägungen radikal gebrochen hat und natürlich ob sie sich heute vorbehaltlos zu unserer demokratischen Grundordnung bekennt. Die Einschätzungen dazu sind relativ ernüchternd. Und dies hat Gründe.

Der vielleicht wichtigste Grund hängt mit der Art und Weise des Übergangsprozesses von der SED zur PDS selbst zusammen. Dieser Prozess hatte weniger mit der Erneuerung einer Partei als vielmehr mit einem sichernden Übergang der umbenannten SED in das als feindlich begriffene politische System der Bundesrepublik Deutschland zu tun. Zuvor waren von den ehemals 2,3 Millionen Mitgliedern der SED rund 95 % aus der Partei ausgetreten. Verblieben waren vor allem jene, deren Biographie mit der Staatspartei in besonderer Weise eng verknüpft war. Für sie war und ist die PDS ein Stück Heimatland in der politischen Fremde.

Diese „Vertriebenenfunktion“ allein setzt Grenzen bei der Annahme der politischen Verantwortung in einer Partei, die heute zu 70 % aus über 60jährigen besteht. Dieser Entwicklungsweg war 1990 jedoch ein von der Spitze der PDS bewusster und gewollter Prozess. Und er wurde prägend für zentrale politische Orientierungen der PDS in den darauf folgenden Jahren.

So wundert es nicht, dass auch die Offenlegung und Sicherung des von der SED während ihrer Herrschaft zusammengerafften Parteivermögens auf den erbitterten Widerstand der PDS-Führung traf. Sie stellte sich damit nicht nur gegen den Willen der ersten und letzten frei gewählten Volkskammer der DDR und des gesamtdeutschen Bundestages. Viel bezeichnender ist, dass sich die PDS damit ganz direkt gegen die Menschen in Ostdeutschland selbst wandte. Denn schließlich handelte es sich bei den vielen Milliarden nur zu einem Bruchteil um regulär durch Beiträge der SED-Mitglieder angehäuften Vermögenswerte. Der Rest war nichts anderes als während der SED-Herrschaft mittels Zwang zusammengerafftes Volksvermögen der Ostdeutschen, welches die SED/PDS jenen nun vorenthielt, um es stattdessen mit allen erdenklichen Mitteln für sich und ihre Gefolgsleute ins Trockene zu bringen. Zum Repertoire der Vermögensverschleierung gehörten dabei Anfang der 90er Jahre Aktenmanipulationen bis in Notariatsakten hinein, widerrechtliche Vermögenstransfers ins Ausland, ausländische Schwarzgeldkonten, im großen Stil die Gründung von Tarnfirmen und natürlich die Aussageverweigerung von Gysi und Bisky vor dem zuständigen Untersuchungsgremium. Der 2. Untersuchungsausschuss des 13. Bundestages stellte 1998 (!) dazu fest, dass er seine Aufklärungsarbeit „... *durch die geschlossene Aussageverweigerung der im Jahre 1990 – und größtenteils auch heute noch – Verantwortlichen der PDS in geradezu konspirativer Art und Weise behindert*“<sup>1</sup> sah. Wie viele Milliarden die PDS dabei letztendlich dauerhaft der Verwendung für den Aufbau Ost entzogen hat (denn diese Verwendung sah der Einigungsvertrag vor), wird wohl für immer im Dunkeln bleiben. Unvergessen ist jedoch, dass der Bundestag zur gleichen Zeit die SED-Opfer zu entschädigen hatte - dies allerdings nun aus Steuermitteln auf Kosten aller Bürgerinnen und Bürger. Bis heute fehlt auch nur der Ansatz einer kritischen Selbstreflexion dieser bis ans Ende der 90 Jahre reichenden Vorgänge innerhalb der PDS. Von einer hinreichenden Annahme der politischen Verantwortung aus ihrer Geschichte kann in der PDS auch deshalb keine Rede sein. Im Zweifel gilt noch immer das Primat der Partei - auch gegenüber den Interessen der Ostdeutschen. Der Rest ist Fassade.

Wer sich einen weitergehenden Überblick über den nicht oder unvollständig vollzogenen Bruch mit alten ideologischen Denkmustern innerhalb der Linkspartei/PDS verschaffen will, der kann sich mit den Debatten des Marxistischen Forums oder der Kommunistischen Plattform vertraut machen. Das Internet bietet heutzutage dazu für jeden Interessenten abrufbares Anschauungsmaterial frei Haus. Empfehlenswert ist auch ein Blick zu den vielen Vorfeldorganisationen der PDS, in denen sich (neben ihrer Parteimitgliedschaft) in geballter Form insbesondere die Angehörigen der früheren bewaffneten Organe der DDR tummeln. Da deren Organisationsbezeichnung in solch eindrucksvollem Kontrast zu ihrem politischen Anliegen steht, sollen hier wenigstens einige namentlich benannt werden. Dazu gehören insbesondere die Gesellschaft zur Rechtlichen und Humanitären Unterstützung (GRH), die Gesellschaft für Bürgerrechte und Menschenwürde (GBM) und die Initiativegemeinschaft zum Schutz der sozialen Rechte (ISOR). Diese Organisationen streiten nicht nur für die sozialen Privilegien ihrer Mitglieder (insbesondere die früheren DDR-Staatsrenten), was für sich genommen politisch legitim sein mag. Ihr Wirken dient auch einem nachträglichen, ideologisch geprägten Geschichtsrevisionismus. Beispiele dafür sind die Forderung der GRH

---

<sup>1</sup> BT-Drucksache 13/10900, v. 28. Mai 1998, S. 359

nach Schließung der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen (ehemalige Stasi-Haftanstalt) oder die schon reflexhaften Reaktionen immer dort, wo der Begriff des DDR-Unrechtsstaates erscheint.

Davon, dass die Linkspartei/PDS ihre politische Verantwortlichkeit auch tatsächlich angenommen und sie mit den alten ideologischen Prägungen radikal gebrochen hat, kann also keine Rede sein. Auch bleiben Zweifel, ob alle Teile der Linkspartei sich heute tatsächlich vorbehaltlos zur demokratischen Grundordnung in unserem Land bekennen. Dies tangiert Grundwertefragen der SPD. Es ist insbesondere mit der freiheitlichen Grundorientierung unserer Partei nicht vereinbar. Erst *nach* diesem Punkt richtet sich der Blick auf weitere Fragen. Insbesondere auf weitere allgemein-politische und programmatische Defizite der Linkspartei, mögen sie auch noch so gewichtig sein. Der Hinweis auf die außen- und sicherheitspolitischen Fehlorientierungen der Linkspartei, auf das Ausblenden der neuen, großen Herausforderungen aus Demographie und Globalisierung sowie das Verharren in bloßem Linkspopulismus (wenn eine solche Verortung überhaupt gerechtfertigt ist) gehört natürlich dazu. Die wichtigsten Gründe dafür, dass die Linkspartei für den Gesamtstaat keine Regierungsverantwortung tragen darf, sind diese Defizite jedoch nicht. Dies gilt, obwohl jedes einzelne Defizit für sich genommen, dafür schon ausreichend ist.

Die SPD steht also in mitten einer Grundsatzdebatte, die nicht nur Fragen des politischen Tagesgeschäfts berührt, sondern tief hineinreicht in das Grundwerteverständnis ihrer selbst. Und jeder Tag, an dem wir diese Debatte orientierungs- und ergebnislos fortsetzen, nagt an unserer Substanz und ist ein bequemes Geschenk für die politische Konkurrenz jeder Couleur. Beherzigen sollten wir deshalb die Mahnung von Hans-Jochen Vogel: Vorsicht Genossen! Die Gründe gegen eine Kooperation mit der Linken haben Gewicht.

28.03.2008